Zeichen der Zeit : weltpolitischer Faschismus

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **97 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Weltpolitischer Faschismus

Er nannte ihn den «kriminellen kleinen Bush». Er, Saddam Hussein, hatte nicht das Recht, Recht zu haben, als er am frühen Morgen des 20. März seinen US-amerikanischen Widerpart mit solchen Worten verteufelte – und kopierte. Aber kriminell ist er trotzdem, und klein auch, der George W. Bush, der seine Zerstörungsmacht braucht, um sich für «nine, eleven» zu rächen.

«Weltgewaltordnung»

Ja, es ist Krieg, keine Polizeiaktion im Sinne der UNO-Charta, sondern Krieg, *«Präventivkrieg»*, wie der Aggressor selber sagt. Den «gerechten Grund» gibt es nicht, nur den Willen zur Herrschaft über ein erdölreiches Land, und vor allem den Willen, nach «nine, eleven» der Welt mit Gewalt zu demonstrieren, was (Amerikas) Sache ist. *«Weltherrschaftspläne»*, die einst der Sowjetunion vorgeworfen wurden, erweisen sich im nachhinein als die Projektion derjenigen, die schon immer die eigentlichen Imperialisten waren.

Noam Chomsky nennt den Irak-Krieg einen *«Probelauf»*. Saddam Hussein, der schon weitgehend entwaffnete Kriegsverbrecher schien sich als «billiges» Angriffsziel besonders zu eignen. Die als nächste drankommen, sind als «Schurkenstaaten» schon längst bekannt und benannt. Aber vielleicht genügt der Irak-Krieg zu ihrer Einschüchterung. «Präventiv» hätte damit eine nochmals andere Bedeutung. «Präventiv» könnte aber auch das Beispiel Nordkoreas werden. Wappne sich atomar, wer als «Schurkenstaat» überleben will. Das scheint die einzige Sprache, die unter «Schurken» Eindruck macht.

Die Sprache, die Bush & Co. leider nicht verstehen, ist die *Sprache des Rechts*. Zwar hätten sie ihren Angriffskrieg gern mit einem UNO-Mandat garniert. Dafür agierten sie unter den Mitgliedern des Sicherheitsrates mit Zuckerbrot und Peitsche. Der schamlose Stimmenkauf ist jedoch misslungen, Ehre und Rechtsbewusstsein der meisten Beteiligten waren für einmal stärker. Sie führten der US-Regierung vor Augen, dass ihr Krieg durch kein UNO-Mandat zu rechtfertigen ist.

Jetzt bezeichnen Bush & Co. mit nicht mehr zu überbietender Arroganz das Völkerrecht als «überholt». Sie fühlen sich auserwählt, eine «neue Norm» zu schaffen und sie der restlichen Völkergemeinschaft zu diktieren. Im Krieg gegen den Terror ist alles erlaubt, auch der Terror von Staates wegen. Darum wollen sie nichts vom Internationalen Strafgerichtshof wissen. Die Weltherrschaft, die sie wollen, ist absolut: legibus solutus, an kein Recht gebunden.

Der *Rechtsstaat,* wie ihn das «alte Europa» kennt, bindet die Regierenden an das Recht, an jedes Recht, auch an das Völkerrecht. Eine Staatsgewalt, die sich über das Recht setzt, es nach Belieben manipuliert oder durch «neue Normen» ersetzt, handelt willkürlich. Tut sie es mit System, ist der *Faschismus* nicht weit. Die USA sind rechtsstaatlich verfasst, was die Innenpolitik angeht, sie sind es nicht, insofern die Regierung aussenpolitisch die Definitionsmacht über Recht und Unrecht beansprucht.

Dass «der Führer» über dem Recht steht oder aus eigener Machtvollkommenheit neues Recht hervorbringt, war

die faschistische Staatstheorie eines *Carl Schmitt*. Sie kehrt heute wieder, auf der Ebene des Völkerrechts. Die US-Regierung nutzt dieses Recht nach Lust und Laune, beugt es im nationalen, ja privaten Interesse, bricht es, wo immer sie meint, Stärke markieren zu müssen. Das ist, ich kann es nicht anders sagen, weltpolitischer Faschismus. Er findet auch seine «willigen» Ideologen, die es Carl Schmitt gleichtun. Einer von ihnen ist der Frankfurter Soziologe *Karl Otto Hondrich,* der in der NZZ (22./23.3.03) das Völkerrecht durch eine «Weltgewaltordnung» ersetzen will. Sie allein könne heute «Ordnung und Freiheit» im Weltmassstab schaffen.

Nur, innenpolitische *Rechtsstaatlichkeit* und *Faschismus* in der Aussenpolitik gehen auf Dauer *nicht zusammen.* Bereits warnt der Präsidentensprecher die Bürgerinnen und Bürger der USA, sie sollten «aufpassen, was sie sagen». Der «Patriot Act» erlaubt Polizeiwillkür bei Durchsuchungen und Festnahmen, die Kontrolle erfolgt, wenn überhaupt, durch Geheimkommissionen. Der Präsident errichtet per Dekret Militärtribunale und verweigert den Verurteilten das Recht, in die Berufung zu gehen. Wer «Terrorist» ist, bestimmt Herr Bush.

Sanktionen gegen das Bush-Regime?

Eine *rechtsextreme Gruppierung,* die Dorothee Sölle als *«christofaschistisch»* bezeichnet, ist in den USA an die Macht gekommen. Selbst wenn wir unterstellen, Bush sei auf legalem Weg Präsident der USA geworden, so hat er durch diesen Angriffskrieg seine Legitimität verwirkt. Ob das die Wählerinnen und Wähler in zwei Jahren auch so sehen, kann heute noch nicht beantwortet werden. Ob sie, die von der Regierung und ihren «willigen Helfern» in den Medien «patriotisch» manipuliert werden, dannzumal überhaupt die Freiheit haben, eine echte Alternative zu wählen, bleibt ebenfalls abzuwarten.

Nicht länger warten darf die *Völkergemeinschaft.* Sanktionen kann sie zwar keine erlassen, weil für diese nur der *Sicherheitsrat* zuständig ist, in dem die USA über ein Veto verfügen. Aber gewiss wäre es ein moralischer Protest sondergleichen, wenn eine Mehrheit des Sicherheitsrates die USA zwingen würde, ihr Veto gegen Sanktionen in eigener Sache einzulegen. Und auch die *Generalversammlung* der UNO müsste den Völkerrechtsbruch benennen und missbilligen. Der *Europarat* ist mit dem guten Beispiel vorangegangen und hat eine entsprechende Entschliessung verabschiedet, aus der auch hervorgeht, dass der Irak nach dem Krieg der UNO zu unterstellen sei. Dass die Bush-Administration jetzt schon Verträge über den Wiederaufbau abschliesse, sei ein «zynisches Schauspiel». Noch einen Schritt weiter geht *Belgien,* das die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern aus allen Ländern zulässt. Der US-Aussenminister erhebt indigniert den Drohfinger, ist Colin Powell in Belgien doch bereits wegen Kriegsverbrechen im Golfkrieg 1991 angeklagt.

Die *Schweiz* schliesslich hat sich im Irakkrieg für *neutral* erklärt, was im Klartext heisst, dass sie ihn für völkerrechtswidrig hält. Der Bundesrat hat sich auch geweigert, irakische Diplomaten auf Geheiss Washingtons auszuweisen. Umso bedenklicher ist das Lavieren Berns bei den *Waffenexporten* an die Kriegsparteien. Dass die USA Kriegsmaterial erhalten sollen, sofern es nicht für die «laufenden Operationen» bestimmt ist, kann so nicht hingenommen werden. Wenn es nach dem Willen der USA geht, werden die Operationen nämlich weiter «laufen», sofern der «Probelauf» zur Zufriedenheit des George W. Bush ausfällt und niemand ihn daran hindert. Und schon gar nicht dürfte der Schweizer Bundespräsident den George W. Bush im kommenden Juni am *G8-Gipfel* begrüssen. Bitte, Herr Couchepin, ersparen Sie uns dieses präsidiale Shakehands. «Not in our name!» •